

André Linden

# Luxemburgs Exilregierung und die Entdeckung des Demokratiebegriffs



CAPYBARABOOKS

 **forum**

© 2015 SA GEMEINSCHAFT UG (GmbH)

# Inhalt

## **8 Einleitung**

- 8 Hintergrund: Perspektiven auf 'Demokratie' im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg und darüber hinaus
- 12 Thema und Fragestellung
- 16 Forschungsstand
- 20 Methodik
- 22 Quellen
- 28 Eingrenzende Überlegungen zu Semantik, raumzeitlichem Kontext und personalem Umfeld im Zusammenhang mit dem Themenkreis 'luxemburgische Exilregierung'

## **38 Konfliktuelles politisches Agieren in den schwierigen Anfängen der Exilregierung bei unerschwelliger Bezugnahme auf 'Demokratie'**

- 40 Drei symptomatische Konfliktepisoden im Spannungsfeld zwischen traditioneller Neutralitätspolitik und neuer Bündnisorientierung
- 44 Konflikt zwischen Exilministern und in Luxemburg verbliebenen Politikern: Ausgrenzungen und Rücktrittsforderungen (Juli – August 1940)
- 53 Krise zwischen Exilministern und Monarchin: Rückkehrpläne der Großherzogin (Juli – August 1940)
- 58 Differenzen zwischen Exilministern: Kürzung einer Radioansprache des Premierministers in Montreal durch den Außenminister in London (Dezember 1940 – Januar 1941)
- 58 Benachbarte Problemfelder
- 59 Zweifel an der Haltung der luxemburgischen Bevölkerung
- 61 Reibungspunkte mit dynastischer Staatsführung
- 74 Dissens über Sitzfrage zwischen London und Montreal
- 76 Anfänge der Propaganda ohne ausdrückliche Thematisierung von 'Demokratie' (September 1940 – Februar 1941)
- 78 Internationale Öffentlichkeitsarbeit
- 85 Ansprachen an luxemburgische Radiohörer
- 93 Rede vor luxemburgisch-stämmigen Amerikanern
- 97 Fazit

## **100 Konstruktion eines Narrativs luxemburgischer 'Demokratie' im Zuge der Annäherung an englisch-amerikanische Bündnispartner**

- 100 Berufung auf 'Demokratie' seitens führender Politiker der Aufnahmeländer USA und Großbritannien
- 105 Erste Verwendungen von 'Demokratie' durch die Exilregierung in Kontexten interallierter Zusammenarbeit
- 105 Verwendung von 'Demokratie' in Entwürfen für die Ansprache und Pressemitteilung von Großherzogin Charlotte bei der Ankunft in New York am 4. Oktober 1940
- 110 Eindeutiges Bekenntnis zu Bündnispartnern als Königsweg zur Thematisierung von 'Demokratie' (November 1940)
- 114 Erfolge im Zusammenhang mit 'Demokratie' in den USA und in Großbritannien (April – Mai 1941)
- 116 Berufung auf 'Demokratie' in der Ansprache von Premierminister Dupong bei der ersten interalliierten Konferenz in London am 12. Juni 1941
- 120 Berufung auf 'Demokratie' in einem Artikel von Regierungssekretär Léon Schaus (Juni 1941)
- 124 Berufung auf 'Demokratie' in einem Bericht von Arbeitsminister Pierre Krier (Juni 1941)
- 125 Unterschiedliche Impulse bezüglich 'Demokratie' für die Exilregierung (August 1941 – Januar 1942)
- 125 Berufung auf 'Demokratie' in einer Botschaft aus Luxemburg an die Exilregierung bei einem Empfang in der Washingtoner Vertretung am 6. August 1941
- 128 Die Atlantikcharta als Signal für hohes Anschlusspotenzial an die Hoffnungsträger USA und Großbritannien mittels 'Demokratie' (August 1941)
- 131 Charta der Vereinten Nationen: 'Menschenrechte' als Ergänzung und Alternative zu 'Demokratie' (1. Januar 1942)
- 133 Umriss eines auf 'Demokratie' fokussierten Narrativs der Exilregierung (September 1941 – Mai 1942)
- 133 Konzept für eine Pressepolitik (September 1941)
- 135 'Demokratie' neben anderen Leitwerten im Entwurf für die Nullnummer des *Luxembourg Bulletin* (10. September 1941)
- 139 Berufung auf 'Demokratie' in der Ansprache von Außenminister Bech bei der zweiten interalliierten Konferenz in London am 24. September 1941
- 142 Propagandaoffensive zum zweiten Jahrestag der NS-Besetzung im Licht von 'Demokratie' (10. Mai 1942)
- 147 Exkurs: Vorlagen für 'Demokratie' aus der Zwischenkriegszeit?

## **154 Ausblick**

- 154 Verbindung von 'Demokratie' und 'Monarchie' in der Propaganda der Exilregierung
- 161 Fünf weitere Varianten der Entfaltung von 'Demokratie'
- 161 'Demokratie' und die wirtschaftlich-soziale Lage in Luxemburg
- 164 'Demokratie' und die Position Luxemburgs im Geflecht internationaler Beziehungen
- 165 'Demokratie' und die Grundwerte menschlicher Zivilisation
- 167 'Demokratie' als Aktivposten der luxemburgischen Kriegsleistungsbilanz
- 169 'Demokratie' und der Parteienstreit innerhalb der Exilregierung
- 172 Ansätze zur Normalisierung von 'Demokratie' im Zuge der Rückkehr der Exilregierung nach Luxemburg (September 1944 – Mai 1945)

## **176 Schlussbetrachtung**

### **179 Anhang**

- 179 Chronologische Übersicht Mai 1940 – Februar 1941
- 192 Grußbotschaft der Großherzogin an den New Yorker Bürgermeister (17. September 1944)
- 192 Vergleich zweier Textfassungen in New Yorker und Londoner Ausgaben des *Luxembourg Bulletin*
- 193 Tabelle zur Datierung der Drucklegung
- 202 Quellenverzeichnis
- 204 Literaturverzeichnis
- 207 Sonstige Webseiten

# Konstruktion eines Narrativs luxemburgischer ‘Demokratie’ im Zuge der Annäherung an englisch-amerikanische Bündnispartner

Dieser Teil rekapituliert zum einen erste Verwendungen von ‘Demokratie’ durch die Exilregierung, jeweils im Kontext von interalliiierter Zusammenarbeit. Er belegt zum andern eine Intensivierung der Bezugnahmen auf ‘Demokratie’ und eine Art Vollen- dung des luxemburgischen ‘Demokratie’-Narrativs beim Aufbau eines Pressedienstes der Exilregierung für propagandistische Öffentlichkeitsarbeit unter den Alliierten. Den Ausgangspunkt bildet eine Episode im Oktober 1940, bei der ‘Demokratie’ in einem Entwurf für eine Ansprache der Großherzogin bei ihrer Ankunft in New York er- wogen wurde. Am Ende steht der Auftakt einer internationalen publizistischen Propa- gandaoffensive am 10. Mai 1942, dem zweiten Jahrestag der Besetzung Luxemburgs, mit der zeitgleichen Veröffentlichung des sogenannten *Grey Book* und der Nummer 1 der Londoner Ausgabe des *Luxembourg Bulletin*.<sup>295</sup> Spätestens mit der Unterzeich- nung der Erklärung der Vereinten Nationen am 1. Januar 1942 tritt auch der Leitwert ‘Menschenrechte’ in den Gesichtskreis der Exilregierung, als mögliche Alternative oder als Ergänzung zu ‘Demokratie’.

## Berufung auf ‘Demokratie’ seitens führender Politiker der Aufnahmeländer USA und Großbritannien

Der britische Politologe David Runciman beschreibt ‘Demokratie’ in Analogie zum Entwicklungsverlauf eines Menschenlebens von der Geburt bis zum Tod als gesell- schaftliches System, das im frühen 20. Jahrhundert in einem jungen Lebensalter war und ein vielfältiges und hohes Entwicklungspotenzial bot. Fähigen Politikern wie Roosevelt hätten deswegen große Spielräume für wirtschaftliche und soziale Refor- men zur Verfügung gestanden, wobei deren Gelingen den Erfolg von ‘Demokratie’

---

<sup>295</sup> Mit leichter zeitlicher Verschiebung folgte im Juli 1942 die erste nordamerikanische Ausgabe des *Luxembourg Bulletin* in Montreal und New York.

insgesamt begünstigte.<sup>296</sup> Mehrere programmatische Reden von Präsident Roosevelt geben in diesem Sinne 'Demokratie' einen herausragenden Stellenwert; dies ab Ende der 1930er-Jahre gerade mit Blick auf die wachsende Kriegsgefahr.

In einer Ansprache an die Nation vom 4. Januar 1939 hob Roosevelt bereits *Demokratie* zusammen mit *Religion* und *völkerrechtlichen Beziehungen in Treu und Glauben* als die drei unverzichtbaren Institutionen hervor, auf deren Verteidigung Amerika sich angesichts der drohenden Kriegsführung von NS-Deutschland vorbereiten müsse. Roosevelt stellte dabei „völkerrechtliche Beziehungen in Treu und Glauben“, die er als „Schwester der Demokratie“ bezeichnete, als enge Verwandte an die Seite von 'Demokratie'. Das Ergebnis war ein strenger Parallelismus zwischen dem *achtungsvollen* Miteinander von Einzelpersonen innerhalb einer Gemeinschaft und dem *respektvollen* Umgang zwischen zivilisierten Völkern. Beiden Fällen lag laut Roosevelt ein bewusster Entschluss zugrunde. „Demokratie als die Praxis des Sich-Selbst-Regierens“ beruht auf der „vertraglichen Übereinkunft“, die jeweiligen „Rechte und Freiheiten der Mitmenschen“ zu achten. Internationale Beziehungen in Treu und Glauben „entspringen dem Willen zivilisierter Völker, die Rechte und Freiheiten anderer Völker zu respektieren“. Religion gilt als Ursprungsgrund beider, weil sie laut Roosevelt dem Einzelnen das „Gefühl für Eigenwürde“ einflößt und ihn dazu anhält, „durch die Achtung des Nächsten die Fähigkeit zur Selbstachtung zu erlangen“. Moderne Zivilisation war dieser Ansprache zufolge dadurch gekennzeichnet, dass die so verstandenen *Religion*, *Demokratie* und *Beziehungen in Treu und Glauben* einen Gesamtzusammenhang bilden, innerhalb dessen die drei Institutionen sich gegenseitig stützen und ergänzen, weswegen sie auch alle drei nur zusammen verteidigt werden können.<sup>297</sup>

---

296 „Early twentieth-century democratic reformers were able to take advantage of the enormous slack in the system. There was room to grow the franchise, to grow the debt, to grow the power of national government, to grow the tax base, to grow the party system, to grow the labour movement, to grow the public's sense of trust in the state. There was room to grow democracy.“, in: Runciman, David, *How Democracy Ends*, Hörbuch – Ungekürzte Ausgabe ©2018 David Runciman (P)2018 Hachette Audio UK, (Position 924 von 3666).

297 „Storms from abroad directly challenge three institutions indispensable to Americans, now as always. The first is religion. It is the source of the other two – democracy and international good faith. Religion, by teaching man his relationship to God, gives the individual a sense of his own dignity and teaches him to respect himself by respecting his neighbours. Democracy, the practice of self-government, is a covenant among free men to respect the rights and liberties of their fellows. International good faith, a sister of democracy, springs from the will of civilized nations of men to respect the rights and liberties of other nations of men. In a modern civilization, all three – religion, democracy and international good faith – complement and support each other. [...] There comes a time in the affairs of men when they must prepare to defend not their homes alone, but the tenets of faith and humanity on which their churches, their governments and their very civilizations are founded. The defence of religion, of democracy and of good faith among nations is all the same fight. To save one we must now make up our minds to save all.“, Roosevelt, Franklin D., *Annual message to congress*, January 4, 1939. Franklin D. Roosevelt, Annual Message to Congress Online by Gerhard Peters and John T. Woolley, The American Presidency Project, [www.presidency.ucsb.edu/node/209128](http://www.presidency.ucsb.edu/node/209128) (Letzter Zugriff: 19.03.2019).

Der britische Premierminister Winston Churchill hatte ebenfalls bereits am 16. Oktober 1938 in einer in die Vereinigten Staaten und nach London gesendeten Radioansprache Aufrüstung für die bewaffnete Gegenwehr gegen Nazideutschland gefordert. Churchill kennzeichnete seine Adressaten in loser Aufzählung als die „englischsprachigen Völker, die parlamentarische Demokratie, Frankreich oder die vielen noch überlebenden liberalen Staaten Europas“, sowie als die „Kräfte der Freiheit und des Fortschritts, der Toleranz und des guten Willens“. Er verband dies mit dem Aufruf zu einem entschiedeneren Nein gegen die überkommene Politik des Appeasements, wobei er ausdrücklich die „Gegnerschaft zwischen Nationalsozialismus und Demokratie“ als einen „Konflikt zwischen geistigen und moralischen Werten“ bezeichnete, „woraus freie Länder einen Großteil ihre Stärke beziehen“.<sup>298</sup>

Churchills Berufung auf ‘Demokratie’, sei es als politisches System, sei es als Grundprinzip, ist insofern nicht weniger verbindlich als die von Roosevelt. Sie verfolgt in dieser Ansprache jedoch nicht den Anspruch einer Einbettung von ‘Demokratie’ in den Gesamtzusammenhang einer systematischen Institutionenlehre, wie sie in Roosevelts Ausführungen aufscheint. Ein Charakteristikum der mit dem Ansatz von Roosevelt verbundenen politischen Programmatik ist die Engführung national und international gültiger Prinzipien als Grundlagen moderner Zivilisation, welche es zu verteidigen gilt. Die in der Rede von Roosevelt aufgestellten Geltungsansprüche für ‘Demokratie’ sind zugleich innergesellschaftlich und transnational. Auf einer weniger hochgreifenden Ebene bereitet diese Programmatik den Weg für die wertegebundene Verschränkung innen- und außenpolitischer Gesichtspunkte, welche schließlich auch in der Berufung auf ‘Demokratie’ seitens der luxemburgischen Exilregierung zum Ausdruck kommt.

Drei Reden, die Roosevelt um die Jahreswende 1940/1941 hielt, ergeben zusammen genommen das Bild einer rhetorischen Verlaufskurve, worin ‘Demokratie’ innerhalb von weniger als einem Monat von einer griffigen Formel zur Sinngebung für die neue amerikanische Kriegswirtschaft zu einem zentralen Wert nicht nur der amerikanischen Gesellschaft, sondern der Menschheit überhaupt avancierte. ‘Demokratie’

---

298 „Alexander the Great remarked that the people of Asia were slaves, because they had not learnt to pronounce the word ‚No‘. Let that not be the epitaph of the English-speaking people, or of parliamentary democracy, or of France, or of the many surviving liberal states of Europe. There, in one single word, is the resolve which the forces of freedom and progress, of tolerance and good will, should take. [...] We must arm. Britain must arm. America must arm. We shall no doubt arm. But arms, – instrumentalities, as President Wilson called them –, are not sufficient by themselves. We must add to them the power of ideas. People say, many people, we ought not to allow ourselves to be drawn into a theoretical antagonism between Nazidom and democracy. But the antagonism is here now. It is this very conflict of spiritual and moral ideas which gives the free countries a great part of their strength.“, in: Churchill, Winston S., *The Defence of Freedom and Peace (The Lights are Going Out)*, Broadcast to the United States and to London, 16 October 1938, [winstonchurchill.org/resources/speeches/1930-1938-the-wilderness/the-defence-of-freedom-and-peace/](http://winstonchurchill.org/resources/speeches/1930-1938-the-wilderness/the-defence-of-freedom-and-peace/) (Letzter Zugriff: 18.03.2019).

wurde dabei gleichermaßen mit einer Dimension historischer Tiefe wie mit aktueller Wirkungsmächtigkeit ausgestattet.

In seiner Radioansprache vom 29. Dezember 1940, die unter dem Format einer sogenannten „Kaminplauderei“ in den USA übertragen wurde, rechtfertigte Roosevelt die weitreichenden Programme für die amerikanische Rüstungsindustrie als Beitrag zum „Kampf der Demokratie“, im Sinne von Maßnahmen der Selbstverteidigung gegenüber den Welteroberungsplänen der zunehmend global agierenden Achsenmächte Deutschland, Italien und Japan.<sup>299</sup> Die Forderung zur Verteidigung von ‘Demokratie’ durch militärische Aufrüstung wurde durch das Versprechen untermauert, „eine bessere Zivilisation“ aufzubauen, um „sich der Bedrohung unseres demokratischen Glaubens entgegenzustellen“.<sup>300</sup> Roosevelts Rede kulminierte in der ikonischen Losung, die USA müssten die „Waffenkammer der Demokratie“ werden: „We must be the great arsenal of democracy.“

Nach seiner zweiten Wiederwahl stellte der Präsident am 6. Januar 1941 in einer Rede vor dem Kongress zum Jahresanfang das universalistische Programm der sogenannten „Four Freedoms“ vor, welches die Grundlage für eine zukünftige sichere Welt liefern sollte. Vier wesentliche menschliche Freiheiten, und zwar die Rede- und Meinungsfreiheit, die Freiheit des religiösen Bekenntnisses, die Freiheit von Mangel und die Freiheit oder Befreiung von Furcht, wurden in griffigen Formeln zusammengefasst und jeweils mit einem universalen Geltungsanspruch versehen: *everywhere in the world* und *anywhere in the world*.<sup>301</sup>

Es folgte am 20. Januar 1941 zum Amtsantritt als Präsident nach der Wiederwahl die *Third Inaugural Address* an den Kongress.<sup>302</sup> Roosevelt beschreibt in dieser Ansprache ‘Demokratie’ als vitale und erfolgreiche Gesellschaftsform, die sich allenthalben in der Welt verbreitet: „[...] we sense it still spreading on every continent – for it is the most humane, the most advanced, and in the end the most unconquerable of all forms of human society.“ Er stellt einen Zusammenhang her zwischen dem

---

299 „Democracy’s fight against world conquest is being greatly aided, and must be greatly aided, by the rearmament of the United States and by sending every ounce and every ton of munitions and supplies that we can possibly spare to help the defenders who are in the front lines“, in: Roosevelt, Master Speech File, 1898-1945 (Anm. 72), Box 58, Fireside Chat #16 (2 parts) (speech file 1351A, B, C), December 29, 1940.

300 „We have no excuse for defeatism. We have every good reason for hope – hope for peace, yes, and hope for the defence of our civilization and for the building of a better civilization in the future, I have the profound conviction that the American people are now determined to put forth a mightier effort than they have ever made to increase our production of all the implements of defence, to meet the threat to our democratic faith.“, Roosevelt, wie Anm. 299.

301 Roosevelt, Master Speech File, 1898-1945 (Anm. 72), Box 58, Message to Congress – The State of the Union (2 parts) (speech file 1353A, B, C), January 6, 1941.

302 Roosevelt, Master Speech File, 1898-1945 (Anm. 72), Box 58, Third Inaugural Address (2 parts) (speech file 1355A), January 20, 1941; Box 59, Third Inaugural Address (2 parts) (speech file 1355B), January 20, 1941.



allgemeinmenschlichen Streben nach Freiheit und dem Streben nach ‘Demokratie’ in der Geschichte der Menschheit: „The democratic aspiration is no mere recent phase in human history. It is human history. It permeated the ancient life of early peoples. It blazed anew in the Middle Ages. It was written in Magna Charta.“ ‘Demokratie’ gilt ebenso als Ideal, welches über die herausragenden Stationen der amerikanischen Geschichte hinweg von Generationen von Amerikanern beständig weiterentwickelt wurde und dabei an Klarheit und Statur gewonnen hat: „Its vitality was written into our own Mayflower Compact, into the Declaration of Independence, into the Constitution of the United States, into the Gettysburg Address.“<sup>303</sup>

Spätestens mit diesen drei Reden Roosevelts war ‘Demokratie’ im Umfeld der angelsächsischen Bündnispartner ein universeller Leitwert geworden, auf den bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs auch in den Kreisen der luxemburgischen Exilregierung vielfach propagandistisch Bezug genommen werden sollte. Dies geschah durch die direkte Verwendung des Ausdrucks ‘Demokratie’ oder durch die Erwähnung der Stichwörter „Arsenal of Democracy“ und „Four Freedoms“, zu denen im August 1941 noch die Losung der Atlantikcharta hinzutreten sollte, benannt nach einer zwischen Präsident Roosevelt und dem britischen Premierminister Churchill getroffenen Übereinkunft.

Aus Sicht der luxemburgischen Exilregierung gab es jedoch auch eine Enttäuschung. In den beiden ersten Reden hatte Roosevelt europäische Länder aufgezählt, die von Deutschland angegriffen worden waren. Der Name Luxemburgs war dabei nicht gefallen.<sup>304</sup> Premierminister Dupong wandte sich in einem Schreiben vom 30. Dezember 1941 an Le Gallais mit der Anweisung, amerikanische Stellen auf die unterlassene Nennung aufmerksam zu machen und um eine entsprechende Änderung zu bitten.<sup>305</sup> Dupongs Anfrage belegt zum einen, dass die Reden des Präsidenten von der luxemburgischen Exilregierung aufmerksam verfolgt wurden, und sie zeigt zum andern, wie sehr der Exilregierung daran gelegen war, dem Land einen festen Platz unter den von Roosevelt öffentlich gewürdigten Opfern des Nationalsozialismus zu sichern.

---

303 Roosevelt, wie Anm. 302.

304 Im Kamingespräch hieß es: „The American appeasers ignore the warning to be found in the fate of Austria, Czechoslovakia, Poland, Norway, Belgium, the Netherlands Denmark, and France“; (wie Anm. 299). Die kürzere Formel in der Four-Freedoms-Rede lautete: „[The dictators] did not wait for Norway or Belgium or the Netherlands to commit an act of war“; (wie Anm. 301).

305 „Nous avons tous écouté hier soir avec un intérêt passionné le discours du Président Roosevelt qui a comblé nos espoirs. Il n’y avait qu’une petite goutte de déception. Lorsqu’il a énuméré les pays victimes de l’agression allemande, le Président a oublié de nommer le Luxembourg. Est-ce qu’il ne vous serait pas possible de signaler à l’occasion et dans une forme obligeante combien nous serions heureux, si le Président ou l’une des hautes personnalités de la politique étrangère américaine voulait nommer le Grand-Duché de Luxembourg. Notre population à Luxembourg en concevait un grand espoir et sa résistance morale à l’agresseur en serait corroborée. Elle y verrait la preuve que votre activité et la nôtre portent leurs fruits.“; in: ANLux, AE-AW-0246 (Anm. 205).

Angesichts der hohen Relevanz, die der Präsident dem Themenkreis ‘Demokratie’ in den großen Reden um die Jahreswende 1940/1941 einräumte, scheint die Hypothese plausibel, dass dadurch ‘Demokratie’ innerhalb der Exilregierung zunehmend als ein rhetorisches Bindeglied mit propagandistischem Potenzial erkannt wurde, um besonders auf der Seite der amerikanischen Bündnispartner Aufmerksamkeit und Zustimmung zu erzielen; auch in der Hoffnung, dies dann gegenüber der luxemburgischen Bevölkerung zur Geltung bringen zu können.

## Erste Verwendungen von ‘Demokratie’ durch die Exilregierung in Kontexten interalliiertes Zusammenarbeit

Verwendung von ‘Demokratie’ in Entwürfen für die Ansprache und Pressemitteilung von Großherzogin Charlotte bei der Ankunft in New York am 4. Oktober 1940

Die ersten archivalischen Belege für Verwendungen von ‘Demokratie’ und ‘demokratisch’ seitens der Exilregierung finden sich nach heutigem Kenntnisstand in den Unterlagen zur erstmaligen Ankunft von Großherzogin Charlotte in den Vereinigten Staaten am 4. Oktober 1940 auf dem Flughafen La Guardia in New York – allerdings im Schatten einer komplexen Quellenlage. Tatsächlich liegen von Haag/Krier einerseits sowie von Heisbourg und dem Nationalarchiv andererseits unterschiedliche Quellen vor, wobei dieser Umstand in einschlägigen Quellensammlungen bisher möglicherweise unberücksichtigt geblieben ist. Neben der von Haag/Krier publizierten *Erklärung* der Staatschefin<sup>306</sup> gibt es einen alternativen Redetext, den Heisbourg präsentiert.<sup>307</sup> Ohne auf das Format einer gesonderten Veröffentlichung im Quellenteil zurückzugreifen, gibt Heisbourg in seinem ersten Band über das Jahr 1940 in französischer Übersetzung eine Ansprache wieder, in Form eines längeren Zitats von etwa einer Seite, und zwar innerhalb des mit *Départs pour le continent américain. Retards imprévus* übertitelten 13. Kapitels.<sup>308</sup>

---

306 Wie Anm. 241.

307 Heisbourg, *Le Gouvernement en exil 1940* (Anm. 15), S. 204. Weder Heisbourg noch Haag/Krier geben Informationen darüber, ob es sich um eine handschriftliche oder eine maschinengeschriebene Quelle handelt.

308 Als Quelle für den abgedruckten Auszug der angenommenen Rede der Großherzogin führt Heisbourg eine Archivkennzahl an, die dem Sammlungsbereich *Ambassade de Washington (AW)* entspricht: AEL-AE-AW/36 (prov.), in: Heisbourg, *Le Gouvernement en exil 1940* (Anm. 15), S. 290, Fußnote 235. Mittlerweile findet sich der entsprechende Redetext unter einer anderen

Heisbourgs Schilderung der Ankunft von Großherzogin Charlotte auf dem La Guardia-Flughafen legt nahe, dass es sich um eine von luxemburgischer Seite sorgfältig vorbereitete Pressekonferenz handelte. Die Staatschefin habe zunächst eine Erklärung verlesen und erst danach auf Fragen der amerikanischen Journalisten reagiert. Außerdem sei eine Pressemitteilung verteilt worden:

„Après avoir salué tout le monde, la grande-duchesse répondit aux questions des journalistes. [...] Un document avait été préparé à l'intention des journalistes avec des informations sommaires sur l'histoire du Grand-Duché et de sa dynastie, sur le statut international et l'économie du pays, ainsi que sur les événements du 10 mai et les premières mesures du Gauleiter. Fut également distribuée une déclaration que la grande-duchesse lut en guise d'introduction. C'était la première déclaration publique de la Souveraine depuis son départ du Luxembourg.“<sup>309</sup>

Möglicherweise wurde aufgrund der Einbettung in den Text bei Heisbourg, statt einer gesonderten Veröffentlichung im Quellenteil, von Haag/Krier die Tatsache übersehen, dass die beiden Publikationen für dieselbe Rede verschiedene Texte anführen.

Nach aktueller Quellenlage gibt es mithin zum einen jene Fassung, die Konsbruck den Historikern Haag/Krier zur Verfügung stellte, und zum andern eine Fassung aus dem Archivbestand der luxemburgischen Botschaft in Washington, deren Kopie im Nationalarchiv aufbewahrt wird. Zieht man die Tatsache in Betracht, dass Haag/Krier sich in der Person von Guillaume Konsbruck auf einen direkten Augenzeugen der Geschehnisse in der Flughafenankunftshalle stützen konnten, aus dessen Fundus auch der abgedruckte Redetext stammt, so scheint die Annahme gerechtfertigt, dass es sich bei der in Haag/Kriers Publikation abgedruckten *Erklärung* um die tatsächlich gehaltene Rede handelt, während die von Heisbourg vorgestellte Fassung ein Entwurf geblieben ist.

---

Kennnummer, jedoch nach wie vor im archivalischen Fundus der Washingtoner Botschaft: AN-Lux, AE-AW-0046. Die neue Kennnummer bezieht sich dabei jedoch auf eine Dokumentenmappe, welche unter dem Titel *Voyage de la Grande-Duchesse Charlotte aux États-Unis en 1941 (partie 1)* nicht auf 1940, sondern auf das darauffolgende Jahr 1941 verweist. Zwar finden sich in dem Ordner tatsächlich einige datierte Unterlagen zu einer Visite der Staatschefin und Premierminister Pierre Dupongs in Washington im Februar 1941. Der Großteil der in der Mappe enthaltenen Dokumente setzt sich jedoch zusammen aus undatierten und vervielfältigten Exemplaren, zum einen der nach Heisbourg von Großherzogin Charlotte verlesenen Erklärung, und zum andern einer auch von Heisbourg beschriebenen Pressemitteilung. Die zuständige Konservatorin wurde in einem Schreiben vom 26. November 2018 auf diesen Umstand aufmerksam gemacht. In der Antwort wurde ein entsprechender Vermerk bei Beibehaltung des aktuellen Titels in Aussicht gestellt. [Eine mit dem Inhalt übereinstimmende Neubezeichnung der Mappe könnte lauten: *Voyages de la Grande-Duchesse Charlotte aux États-Unis en 1940 et 1941 (partie 1)*].

309 Heisbourg, *Le Gouvernement en exil 1940* (Anm. 15), S. 203-204. Die BBC-Ansprache der Großherzogin vom 5. September 1940 kann auch als öffentliche Erklärung betrachtet werden, allerdings weniger in internationalem als in primär nationalem, luxemburgischen Kontext, wenn auch mit logistischer Unterstützung der BBC und unter der Mitsprache englischer Regierungsstellen, welche beispielsweise die Sendegenehmigung für die Ansprache der ausländischen Staatschefin erteilten, vermutlich unter der Bedingung, den Inhalt vorher zu überprüfen.

Haag/Krier nehmen in ihrem Buch von 1987 jedenfalls keine Stellung zu diesem Unterschied, obwohl sie in ihrer Einleitung auf die Publikation von Heisbourg aus dem Vorjahr eingehen. Umgekehrt erwähnt Heisbourg in seinem ebenfalls 1987, nur wenige Monate später erschienenen zweiten Band die Tatsache zweier konkurrierender Versionen des Redetextes für den ersten Auftritt der Staatschefin in den Vereinigten Staaten nicht ausdrücklich. Er beschränkt sich auf die allgemeine Mitteilung, dass Haag/Krier einige neuere Dokumente veröffentlicht hätten, die ihm nicht zugänglich gewesen seien, ohne dass dabei wesentlich Neues zu Tage gekommen wäre.<sup>310</sup> Angesichts der Bedeutsamkeit der ersten Ansprache von Großherzogin Charlotte in den USA könnte der Umstand, dass Heisbourg nicht ausdrücklich auf den Unterschied zwischen den beiden Redetexten eingeht, als stillschweigende Zustimmung dafür gelten, dass die von Haag/Krier vorgelegte Version als die verbindliche Fassung des Textes der Staatschefin anzusehen ist.

Die Tatsache, dass es sich um den ersten öffentlichen Auftritt der Staatschefin in den USA überhaupt handelte,<sup>311</sup> dürfte ein Grund für den propagandistischen Aufwand seitens der Exilregierung gewesen sein, der die Vorbereitung alternativer Redetexte und den Entwurf einer Pressemitteilung miteinschloss.<sup>312</sup> Für die vorliegende Fragestellung gibt es zwischen den von Grund auf verschiedenen Versionen einen besonders relevanten Unterschied. In dem Dokument bei Haag/Krier kommen Ausdrücke wie 'Demokratie' und 'demokratisch' nicht vor. In der Entwurfsfassung äußert die Staatschefin hingegen ihre Besorgnis um das seiner Freiheit beraubte luxemburgische Volk, um anschließend zu erklären, sie und ihre Regierung würden mit jenen Ländern zusammenarbeiten, die sich für die „Rettung der demokratischen Einrichtungen der Welt“ einsetzen:

---

310 „Le livre de Emile Haag et Emile Krier [...] publié il y a quelques mois, contient un certain nombre de documents qui n'étaient pas à ma disposition et qui, sans apporter rien de fondamentalement nouveau par rapport à ce que j'ai relaté, complètent utilement nos connaissances.“; in: Heisbourg, *Le Gouvernement en exil 1941* (Anm. 29), S. 5.

311 Die amerikanische Presse hob hervor, es handele sich um die erste Ankunft eines amtierenden Staatsoberhauptes auf amerikanischem Boden, dessen Land von Nazideutschland besetzt war: „[...] the fourth royal personage and the first sovereign to arrive here from Europe as war refugees“, *New York Herald Tribune*, in: Lesch, *Scraps* (Anm. 66), Nummer 4. Die Datierung ist wegen Seitenabriss nicht erkennbar. Es dürfte sich jedoch um die Ausgabe vom 5. Oktober 1940 handeln. Siehe auch: Heisbourg, *Le Gouvernement en exil 1940* (Anm. 15), S. 203.

312 Die Frage bleibt offen, ob die Pressemitteilung überhaupt verteilt worden ist. Haag/Krier gehen nicht weiter auf die Einzelheiten der Ankunft ein, in: Überblickstext Haag/Krier, 1940. *L'Année du dilemme* (Anm. 15), S. 117. – Der Ordner im Nationalarchiv enthält über ein Dutzend vervielfältigter Exemplare. Unklar ist, ob es sich um einen Restbestand handelt, oder ob es gar nicht zu einer Verteilung gekommen war. Auf allen vervielfältigten Exemplaren ist die irrtümliche Angabe von Pierre Dupong als *Finance Minister* handschriftlich durch *Prime Minister* korrigiert worden. ANLux, AE-AW-0046 (Anm. 308).

„My first thoughts upon arriving in the United States of America are for my people now suffering from foreign domination. [...] as true freedom-loving Luxembourgers they are bearing up well upon the strain, and are showing like their forefathers, their desire for and love of independence. [...] their patriotic spirits will not be broken. [...] there is no happiness in my heart, nor will there be any wherever I may be, until My Beloved People are free again. With this thought uppermost in My mind, I and My government will join Our efforts to those of all Nations intent upon saving the democratic institutions of the World.“<sup>313</sup>

In der Ansprache bei Haag/Krier ist nicht ausdrücklich die Rede von anderen Ländern als Opfern. Im Entwurf für die Pressemitteilung wird dagegen das Beispiel der Zivilverwaltung im Elsass herangezogen, um die Vorgänge in Luxemburg zu erklären. Dabei werden die Deutschen als „Nazis“ und Simon als „Nazi Gauleiter“ bezeichnet:

„It cannot be too strongly emphasized that the Nazis have not contented themselves with a mere military occupation of the Grand-Duchy, leaving to the local authorities the routine task of civil administration, but, as in Alsace, they have set up a German civil administration, and appointed a German Nazi Gauleiter named Simon.“

Unmittelbar daran anschließend erfolgt die Charakterisierung der luxemburgischen Verfassung als 'demokratisch': „The democratic constitution of Luxembourg has been abrogated; all civil liberties have been abolished; anti-Semitic legislation has been introduced. The use of the French language has been forbidden.“<sup>314</sup> An einer Parallelstelle in der *Erklärung* bei Haag/Krier ist von der Abschaffung der Verfassung im besetzten Luxemburg die Rede, ohne die Verwendung der Ausdrücke „Nazi“ und „demokratisch“: „[...] les actes commis par les Allemands : abolition de la Constitution du pays, installation d'un Gauleiter, terreur exercée sur les fonctionnaires publics de trahir le serment prêté à la Souveraine et sur la Constitution, interdiction de la langue française, persécution des Juifs [...].“<sup>315</sup> Es findet sich hier ebenfalls kein direktes Pendant zu den oben gleich nach der „demokratischen“ Verfassung angeführten „bürgerlichen Freiheiten“. Der Entwurf für die Pressemitteilung schließt mit der Erwähnung anderer Dynastien und der namentlichen Nennung der Monarchen Hollands und Norwegens, an deren Seite Großherzogin Charlotte als in einer Art Werte- und Kampfgemeinschaft stehend vorgestellt wird: „The Luxemburg people will fight relentlessly against this enslavement. Like Queen Wilhelmina of Holland and King Haakon,

---

313 ANLux, AE-AW-0046 (Anm. 308). Siehe auch für eine französische Übersetzung: Heisbourg, *Le Gouvernement en exil 1940* (Anm. 15), S. 204-205.

314 ANLux, AE-AW-0046, (Anm. 308). S. 3.

315 Dies ist ein Ansatz zu einer internationalen öffentlichen Stellungnahme zum Antisemitismus, welche laut Thierry Grosbois selten vorkamen, in: Grosbois, *Le Gouvernement luxembourgeois en exil face à la persécution et l'extermination des Juifs* (Anm. 31).

Grand Duchess Charlotte of Luxemburg will direct from abroad the struggle for Luxemburg's freedom, true to the motto of her house *Je maintiendrai*.<sup>316</sup>

Der kombinierte Einsatz einer kurzen persönlichen Erklärung und der Aushändigung von ausführlicherer Hintergrundinformation dürfte amerikanischen Gepflogenheiten von Presse- und Öffentlichkeitsarbeit entgegengekommen sein. Die Frage nach einer eventuellen Beeinflussung der ersten Entwürfe durch Le Gallais kann nicht eindeutig beantwortet werden. Auf der einen Seite war der Sonderbotschafter ein Befürworter der Anpassung an ‚amerikanische‘ Methoden der Öffentlichkeitsarbeit. Betrachtet man die Entwürfe für die Erklärung und die Pressemitteilung vom 4. Oktober 1940 unter diesen Vorgaben, so wäre die Staatschefin im Sinne der früheren Empfehlung von Le Gallais „ins Scheinwerferlicht“ gestellt worden, als Kämpferin für die Rettung von ‚demokratischen‘ Institutionen im Verbund mit gleichgesinnten Völkern und Seite an Seite mit den Repräsentanten anderer, ebenfalls exilierter europäischer Königshäuser aus Holland und Norwegen.<sup>317</sup> Auf der anderen Seite stand Le Gallais Prinz Félix nahe, der vermutlich auf die im Vergleich zu den Entwürfen defensivere Variante der Ansprache eingewirkt hat.<sup>318</sup>

An anderer Stelle seiner Ausführungen, unabhängig von der Schilderung der Ankunft der Staatschefin, bringt Heisbourg eine Autorenschaft Georges Schommers zur Sprache. Dabei ist besonders der von Heisbourg geschilderte Entstehungskontext von Interesse. Heisbourg vermerkt die Zusammenarbeit mit einem britischen Diplomaten, der zu diesem Zeitpunkt als Sekretär eines interalliierten Informationsdienstes tätig war. An dieser interalliierten Initiative, welche laut Heisbourg seit Anfang Sommer 1940, im Einverständnis mit den amerikanischen Behörden, von der britischen Botschaft organisiert wurde, waren Vertreter Norwegens, Hollands, Polens, der Tschechoslowakei und des Freien Frankreich beteiligt. Schommer nahm am Anfang des Herbstes zunächst auf privater Basis an deren Versammlungen teil.<sup>319</sup> Heisbourg

---

316 Auch Königin Wilhelmina hatte ihre Rede vom 25. Mai 1940 mit „Je maintiendrai“ beendet, in: *De Koningin sprak* (Anm. 238), S. 23.

317 In der Reportage der Zeitung *New York Herald Tribune* wurde der Staatschefin eine „fortschrittliche Politik“ zugeschrieben, wegen derer sie „bei ihren Untertanen beliebt“ sei: „This is the first time that I have been here – its awfully interesting“, added the Grand Duchess, whose progressive policies have endeared her to her subjects“, in: *Scraps*, Nummer 4 (Anm. 66). Die Frage stellt sich, ob diese Information den Journalisten aus der luxemburgischen Entourage zugetragen wurde, in Übereinstimmung mit dem Thema des Wohlstands in der Ansprache bei Haag/Krier.

318 Eine Einwirkung von Prinz Félix könnte den oben hervorgehobenen Verweis auf „Rechte der Dynastie“ plausibel machen. Dies setzt voraus, dass die Erklärung in New York vorbereitet worden war. – Als Flügeladjutant und Privatsekretär von Großherzogin Charlotte und Prinz Félix war Konsbruck ein prominentes Mitglied der großherzoglichen Reisegruppe. Rein hypothetisch hätte für ihn während des langen Fluges von Lissabon nach New York die Möglichkeit bestanden, einen Redetext für die Pressekonferenz vorzubereiten, auch in Abstimmung mit der Monarchin.

319 „[Schommer] apprit que l'ambassade britannique, d'accord avec les autorités américaines, était en train de mettre sur pied avec les Norvégiens, les Néerlandais, les Polonais, les Tchèques et les

erwähnt in diesem Zusammenhang die Kooperation zwischen Schommer und dem britischen Diplomaten bei der Vorbereitung der Pressemitteilung. Er zitiert das Dokument zwar nicht ausdrücklich, jedoch scheinen seine Angaben zum Inhalt hinreichend für eine Verbindung mit der Ankunft der Großherzogin am 4. Oktober:

„Dès son retour à New York Schommer allait participer aux réunions du comité à titre individuel, en attendant les instructions du gouvernement. – Ensemble avec le secrétaire du comité, le diplomate anglais H.S. Watt, Schommer prépara un document sur l'histoire du Grand-Duché et de sa dynastie ainsi que sur les événements à Luxembourg depuis le 10 mai. Ce document devait être remis à la presse à l'occasion de l'arrivée de la grande-duchesse, prévue à New York pour le début du mois d'octobre.“<sup>320</sup>

Diese Kontextualisierung der Entstehung des Entwurfs der Pressemitteilung durch Schommer im Umfeld einer interalliierten Informationskommission in den USA unter britischer Federführung kann als Beleg für die These gelten, dass die Übernahme von 'Demokratie' durch die Exilregierung in enger Verbindung mit ihrem zunehmend offenen Bekenntnis zur Zusammenarbeit mit internationalen Bündnispartnern stand.

## Eindeutiges Bekenntnis zu Bündnispartnern als Königsweg zur Thematisierung von 'Demokratie' (November 1940)

Der Verzicht auf eine Neutralitätspolitik wurde von Bech im Londoner Exil vorangetrieben. Der Außenminister betrachtete die Aufnahme Luxemburgs in den Kreis der interalliierten Bündnismächte als Chance, unbereinigte Probleme der luxemburgischen Vergangenheit zu überwinden. Bei einem Treffen am 6. November 1940 erhielt Bech vom englischen Außenminister Lord Halifax die Einladung zur Teilnahme an der ersten interalliierten Konferenz, die zu dem Zeitpunkt bereits in Planung war, dies gleichzeitig mit der Zusicherung, England werde sich für die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Luxemburgs einsetzen.<sup>321</sup>

In einem mehrseitigen, auf den 16. November 1940 datierten Brief informierte Bech die Staatschefin über die Einladung durch das Foreign Office.<sup>322</sup> Der Text des ersten

---

Français libres un service d'information interallié. Depuis le début de l'été les représentants de ces pays se réunissaient à cette fin en comité à New York, à titre plutôt privé, sous la présidence d'un membre de l'ambassade britannique, S.L. Childs, qui avait connu Dupong et Krier du temps où il avait été au Bureau International du Travail à Genève. Grâce à Schommer l'ambassadeur Theunis s'intéressa également à ce comité et le 24 septembre il y délégua pour la Belgique son collaborateur L. Goffin.“, in: Heisbourg, *Le Gouvernement en exil 1940* (Anm. 15), S. 230-231.

320 Heisbourg, *Le Gouvernement en exil 1940* (Anm. 15), S. 230-231.

321 Haag/Krier, 1940. *L'Année du dilemme* (Anm. 15), S. 133. Siehe dazu auch: Heisbourg, *Le Gouvernement en exil 1940* (Anm. 15), S. 209-211.

322 Dokument 59, *Lettre de Joseph Bech à la grande-duchesse Charlotte, 16 novembre 1940*, in: Haag/Krier, 1940. *L'Année du dilemme* (Anm. 15), S. 277-283.